

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Samtgemeindebürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mich namens der CDU-Fraktion bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die im Jahre 2010 geleistete Arbeit bedanken, zumal sich nicht nur bei mir der Eindruck aufdrängte, dass diese es mit uns als kritischen und lebendigen Rat nicht immer einfach, insbesondere in der jüngsten Vergangenheit hatte. Dieser Dank richtet sich natürlich vorrangig an unsere Kämmerei, namentlich unseren Kämmerer Herrn Berndt, der uns sachkundig und verständlich den Haushalt, den letzten dieser Art, präsentiert hat und sich bald den Herausforderungen eines neuen Rechnungswesens namens Doppik stellen muss.

In den vergangenen Haushaltsperioden hat sich die CDU öfter mit dem vorgelegten Haushalt schwer getan und auch schon gegen Haushalte gestimmt. Hauptgrund war meistens der unausgesprochene Vorwurf von „Kirchturmpolitik“, so vertreten in den einzelnen Mitgliedsgemeinden, was für uns in manchen Haushaltsfragen, wie beispielsweise im Bereich der Kindertagesstätten, zu deutlich wurde. Ich kann mich allerdings nicht daran erinnern, dass wir innerhalb der Fraktion einen Haushalt so umfangreich und teilweise kontrovers wie in diesem Jahr erörtert haben.

1. Es fängt gleich mit der zweiten Haushaltsstelle in unserem Haushalt an. Dort sind die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten geregelt, insbesondere der Aufwendersatz für Ratsmitglieder. Diese Haushaltsstelle weist eine deutliche Erhöhung aus. § 32 Abs. 2 NGO bietet die Möglichkeit, durch Satzung in Gemeinden mit mehr als 8.000 Einwohnern bis spätestens 18 Monate vor dem Ende einer Wahlperiode die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren um 2, 4 oder 6 zu verringern, wobei dieser Beschluss der Mehrheit der Mitglieder des Rates bedarf. Wie bekannt ist dieses rechtzeitig mit dem Effekt der erheblichen Ersparnis von der damaligen Ratsmehrheit, gebildet von der CDU-Fraktion, in der letzten Wahlperiode beschlossen worden. Dieser Beschluss entfaltet keine Dauerwirkung für mehrere Wahlen sondern hätte spätestens 18 Monate vor dem Ende der Wahlperiode wiederholt werden müssen. In der jetzigen Wahlperiode herrschen andere Mehrheiten und bekanntlich findet am 11. September 2011 die nächste Kommunalwahl statt. Festzuhalten ist, dass diese jetzige Mehrheit es schlicht und einfach versäumt hat, einen solchen Beschluss erneut herbeizuführen, so dass unserer Ansicht nach die hierdurch entstehenden erheblichen Mehraufwendungen von dieser Mehrheit -und niemand sonst- zu vertreten sind. Ich bin gespannt, wie dieses dem Wähler in der anstehenden Kommunalwahl erläutert wird.

2. Weitere Bedenken beruhen auf Erfahrungen in der jüngeren Vergangenheit wonach vieles von dem, was wir – gemeinsam – in den vergangenen Jahren angefasst haben, wie z. B. die Baumaßnahmen an den Schulen oder an den Feuerwehrgerätehäusern, weitaus teurer geworden ist, als uns ursprünglich mitgeteilt wurde. Wir haben uns aufgrund dessen mit diesen erheblichen Mehrkosten auch in diesem Haushalt beschäftigen müssen und selbstverständlich über die für uns hieraus zu ziehenden Kon-

sequenzen unterhalten. Wir fordern auch von unserer Verwaltung ganz deutlich gerade zu diesem Punkt von Anfang an mehr Ehrlichkeit und stellen klar, dass wir derartiges zukünftig nicht mehr dulden werden.

3. Wir haben uns dann mit vielen weiteren Punkten auseinandergesetzt, die es uns - jeder für sich - schwer machen, den Haushalt zu befürworten.

a) Da sind z. B. die zu erwartenden Kosten für die nicht geregelten Mäharbeiten auf den Schulsportplätzen sowie die Frage der Bauhofkosten, die, dieses ist zumindest unser Eindruck, ständig unreflektiert vor uns hergeschoben wird. Weiter erscheint uns die Problematik der Räumlichkeiten der verschiedenen Jugendtreffs, insbesondere des Jugendtreffs in Osten, zwischenzeitlich zu einem unerklärlich nicht gelösten Dauerthema geworden zu sein.

Richtig schwer, dem Haushalt jetzt zuzustimmen, machen uns allerdings andere Punkte, so z. B.

b) die Situation in den Kindertagesstätten. Sinn und Zweck der Übertragung der Kindertagesstätten von den Mitgliedsgemeinden Hemmoor und Osten auf die Samtgemeinde war u. a., dass eine gewisse Einheitlichkeit, Kontinuität und somit Kontrollmöglichkeit geschaffen wird. Obwohl Hechthausen diese Übertragung nicht mit vollzogen hat, ist zumindest von der Mitgliedsgemeinde Hechthausen erklärt worden, dass diese sich diesen Bemühungen nicht entziehen wird, so dass – endlich – diese von der Politik übereinstimmend geforderte Kontinuität bei den Kindertagesstätten geschaffen werden könnte. Es ist zu verstehen, dass die Verhandlungen mit den verschiedensten Trägern der Kindertagesstätten über die Schaffung von einheitlichen Betriebsführungsverträgen noch nicht abgeschlossen sind. Nicht zu verstehen ist allerdings, dass uns von den Einrichtungen keine einheitlichen Haushalte vorgelegt wurden, die daher nicht zu vergleichen sind. Als vollkommen unverständlich haben wir es empfunden, dass dann Fachausschusssitzungen zur Genehmigung dieser unreflektierbaren Haushalte durchgeführt werden mussten, obwohl bis dahin keinerlei Kuratoriumssitzungen stattgefunden hatten. Im Rahmen der sich dann anschließenden – kritischen – Betrachtungsweise ist für uns die grundsätzliche Frage aufgetaucht, ob von uns erwartet wird, alles abzunicken, was die jeweiligen Einrichtungen wollen und wir uns für den Fall der kritischen Nachfrage, obwohl wir – insoweit dürfte über sämtliche Fraktionen Einigkeit bestehen – uns als eine kinderfreundliche Samtgemeinde verstehen, uns das Argument der „Beibehaltung der pädagogischen Handlungsfähigkeit“, um alles wunschgemäß zu bezahlen, gefallen lassen müssen. Dieses ist zumindest nicht der Weg der CDU.

4. Für den Bereich der Grundschulen wiederholt die CDU-Fraktion den Vorwurf, dass sämtliche Planungen zumindest zum jetzigen Zeitpunkt konzeptlos erscheinen. Wir haben die Entscheidung, eine Ganztagschule an der Grundschule in Basbeck einzuführen, mitgetragen und stehen hierzu auch angesichts der Änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Familien. Konzeptlos erscheint uns allerdings bislang, wie diese Entscheidung konkret ausgestaltet werden soll. Dieses fängt

an mit der Forderung nach dem Neubau einer immens teuren Mensa, ohne dass wir überhaupt wissen, wie die Ganztagschule auch in Konkurrenz zu den von uns geschaffenen Hortplätzen angenommen wird. Die handelnden Entscheidungsträger haben sich bis jetzt keinerlei Gedanken über die Ausgestaltung im einzelnen gemacht. Dieses beginnt bei der Frage der pädagogischen Betreuung der Ganztagschüler, den einfachen, aber kaum lösbaren Problemen bei der Essensausgabe in der zu schaffenden Mensa und geht weiter über so wichtige Fragen, wie die Schülerbeförderung der Schüler in der Samtgemeinde zu der Ganztagschule in Basbeck gewährleistet werden soll. Wir wiederholen unsere Ansicht, dass es zumindest am Anfang besser ist, die Bewirtung der Ganztagschulkinder im Bereich der vorhandenen Räumlichkeiten des bisherigen Schulkindergartens der Grundschule Basbeck vorzunehmen und diesen Schulkindergarten wiederum in freigewordene Räumlichkeiten der Grundschule Osten zu verlagern.

5. Erbost sind wir über unseren zwischenzeitlichen Eindruck, wonach die Einnahmenseite der Samtgemeinde stiefbürgerlich von der Verwaltung betrachtet wird. So hat die CDU beantragt und gefordert, dass durch die Verwaltung eine Aufstellung sämtlicher gestundeten Forderungen, hierbei handelt es sich um teilweise über Jahrzehnte zurückliegende Erschließungsbeiträge, angefertigt wird. Es bleibt festzuhalten, dass diese Aufstellung bis heute nicht vorliegt. Wir sind der Ansicht, dass wir unseren Bürgern nicht immer mehr Leistungen abverlangen können, wenn wir andererseits den Eindruck haben müssen, dass derartige „Hausaufgaben“ nicht erledigt werden.

Zusammenfassend sind dieses jedes für sich Gesichtspunkte, die ausreichen würden, um den vorgelegten Haushalt abzulehnen. Wir haben aber in der Auseinandersetzung nicht verkannt, dass es sehr wohl wichtige Argumente dafür gibt, dem Haushalt zuzustimmen. So enthält dieser viele Positionen über vieles, was auch wir als CDU-Fraktion wollen und gegen teilweise heftigste Widerstände unterstützt haben. Entscheidendes Kriterium ist, dass nach diesem Haushalt in Hemmoor erhebliche Investitionen zu erwarten sind.

a) So bekommen wir ein fast vollständig in Ordnung gebrachtes, behindertengerechtes Hallenbad, verbunden mit dem von uns unterstützten und ständig beibehaltenen Konzept, dass dieses Hallenbad vorrangig ein Schul- und Sportbad ist. Eine gerade in der heutigen Zeit mutige Entscheidung, die wir vollinhaltlich unterstützen.

b) In Hemmoor werden neue Kindertagesstätten geschaffen bzw. die vorhandenen Kindertagesstätten in ihrem Bestand geschützt. Zur Klarstellung:

Die CDU unterstützt auch im Hinblick auf die in Hemmoor ansässigen Familien sämtliche Kindertagesstätten, so wie sie bereits jetzt vorhanden sind oder noch gebaut werden, seien es die neu geschaffenen Räumlichkeiten der Lebenshilfe oder die Kindertagesstätten in Hechthausen und Osten. Die CDU begrüßt uneingeschränkt die Errichtung der geplanten weiteren Kindertagesstätte des DRK gerade auch im Bereich des Oestinger Wegs.

c) Die CDU unterstützt auch den weiteren Ausbau unserer Schulen in unserer Samtgemeinde. Gerade das Thema Schulen wird zukünftig eines der Hauptthemen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, und zwar nicht nur für den Bereich der Grundschulen, für die wir bekanntlich zuständig sind, sondern auch für die anderen, in der Samtgemeinde ansässigen Schulformen. Wir verkennen nicht, dass sich die Gesellschaft geändert hat, so dass wir Ganztagschulen anbieten wollen und müssen. Wir werden uns aber fortlaufend und ständig gegen Eindrücke wehren, wonach dieses konzeptlos passiert.

d) Die CDU-Fraktion begrüßt die Errichtung des neuen Rathaussaals. Letztendlich wird uns dieser Saal finanziell nicht mehr abverlangen, als uns eine sowieso anstehende Dachsanierung im Bereich des Rathauses gekostet hätte. Es wäre geradezu fahrlässig und verantwortungslos, die insoweit zur Verfügung stehenden Fördermittel nicht abzurufen.

e) Der Haushalt beinhaltet zwischenzeitlich viele weitere Positionen, die ständig von der CDU gefordert bzw. unterstützt wurden. So wird die ehrenamtliche Arbeit in unserer Samtgemeinde im Rahmen des finanziell möglichen gefördert, wie an dem Beispiel des Mehrgenerationenhauses deutlich wird. In dem Bereich Tourismus herrscht offensichtlich Einigkeit. Auch im Bereich Jugend, Kultur und Soziales scheinen die Auseinandersetzungen überstanden zu sein und es liegt im Wesentlichen eine Übereinstimmung bei sämtlichen Fraktionen vor, was nicht bedeutet, dass in diesem Bereich nichts passiert. Das Gegenteil ist der Fall. Wir erkennen an, dass dieses auch mit der Arbeit des Ausschussvorsitzenden Uwe Dubbert und der von ihm gezeigten Hartnäckigkeit zusammenhängt, die zu loben ist.

Es darf nicht verkannt werden, dass ein Haushalt Signale über die politische Kultur in unserer Samtgemeinde gibt. Von dieser politischen Kultur war insbesondere in den letzten Ratssitzungen nicht viel zu spüren. Ich bin mir ziemlich sicher, dass dieses zumindest die überwiegende Anzahl der Ratsmitglieder z.B. in der letzten Ratssitzung des Jahres 2010 auch so gedacht haben. Als erfreuliches Signal haben wir empfunden, dass nach dem Parteiaustritt des ehemaligen SPD-Ortsvorsitzenden Rats Herrn Johannes Schmidt die SPD-Fraktion die Wahl unseres Ostener Bürgermeisters Carsten Hubert zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister der Samtgemeinde Hemmoor unterstützt hat. Wir haben auch mit Wohlwollen die Begründung vernommen, dass es angesichts des aktuellen Gleichgewichtes von CDU und SPD im Samtgemeinderat darauf ankomme, verantwortungsvoll zusammenzuarbeiten, um Stillstand und eine Selbstblockade der Kommunalpolitik zu vermeiden. Leider wurde dieser Eindruck, als es dann um die Besetzung des Samtgemeindeausschusses ging, wieder getrübt, wobei bei uns aber nur der Verdacht überwiegt, dass die SPD offensichtlich Angst vor Wahlen hat.

Das entscheidende Argument für den Haushalt ist allerdings, dass dieser zu vielen Positionen Signale wiedergibt für die zumindest von uns gewollte Entschuldungshilfe. Im Ergebnis ist es uns egal, in welcher Form die immer noch angebotene Hilfe des Landes Niedersachsen angenommen wird. Die CDU hat immer betont, dass sie

die Entschuldung auch im Hinblick auf nachfolgende Generationen fordert und für notwendig erachtet, solange ein strukturelles Defizit im Bereich der Samtgemeinde Hemmoor vorhanden ist. Da die CDU, obwohl sie -derzeit- nicht die Ratsmehrheit bildet, immer verdeutlicht hat, dass sie bereit ist, Verantwortung für die Samtgemeinde Hemmoor zu übernehmen, wird sie trotz aller Bedenken in ihrer Mehrheit dem Haushalt zustimmen.